

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/198

14. Oktober 1976

Anmerkungen zur publizistischen Macht

-----  
Drei Punkte sozialdemokratischer Medienpolitik

Von Willy Brandt MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Seite 1 und 2 / 48 Zeilen

Die Kapitulation des Helmut Kohl

-----  
CDU-Chef erlebt das Schicksal seines Vorgängers Barzel

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Seite 3 und 4 / 49 Zeilen

Die zähe Strategie gegen den Hunger

-----  
Dritte Welt: Bei der Hilfe zur Selbsthilfe wird jeder  
gebraucht

Von Alwin Brück MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 5 und 6 / 55 Zeilen

Ab 15. Oktober neue  
Rufnummer: 219338/39

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 408  
Presshaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telefax: 02 86 845-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Anmerkungen zur publizistischen Macht

Drei Punkte sozialdemokratischer Medienpolitik

Von Willy Brandt

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sozialdemokratische Zeitungs- und Medienpolitik findet, jenseits von Gesinnung und Grundüberzeugung, wenig Orientierung an der Vergangenheit. Wir müssen uns, ob es uns Spaß macht oder nicht, mir macht's sogar Spaß, orientieren an dem, was heute ist und was sich für morgen abzeichnet, und dazu möchte ich drei kurze Bemerkungen machen dürfen:

1/ Wir haben in dieser unserer Bundesrepublik Deutschland nicht nur gute Journalisten, sondern auch gute Zeitungen. Der Respekt, den ich ihnen zolle, wird nicht gemindert durch mein Unbehagen über eine mancherorts erkennbare Flucht in die Unverbindlichkeit oder in selbstgefällige Versuche, durchgängige Parteinahme in sozusagen neutraler Verpackung zu servieren. Ernster ist die andere Tatsache, daß ein ganzer Konzern seine Mittel, vor allem ein Mittel, giftig militant einsetzt und dabei andere mit in seinen Sog zieht. Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß wir Sozialdemokraten uns in den zurückliegenden Monaten zeitweilig und in gewissen Bereichen des gedruckten Wortes einer Medienbarriere gegenübergesehen haben. Da wir keine Masochisten sind, liegt es auf der Hand, daß wir uns wehren werden, auch wenn die Möglichkeiten begrenzt sein mögen. Journalisten und Verleger im allgemeinen, zu deren Berufsethos es ja nicht gehört, Gift träufeln zu lassen, um politische Macht auszuüben oder zu zersetzen, brauchen und werden sich dadurch nicht getroffen fühlen.

2/ Uns ist wohl bewußt, welche bedeutsame Rolle heute für das Übermitteln von Nachrichten und für die Meinungsbildung neben dem gedruckten

Wort Fernsehen und Hörfunk spielen. Dies ist einer der Gründe, weshalb wir es ablehnen, vom Prinzip her etwas an deren öffentlich rechtlicher Struktur zu ändern. Sie wird auch bei den neuen elektronischen Mitteln als Grundlage dienen müssen. Programmschelte läßt sich leicht arrangieren, sie ist billig, trotzdem habe ich auch selbst zum Beispiel, was bestimmte wirtschaftspolitische Sendungen und Programmtelle angeht, ernste Einwände wegen fortgesetzter grober Einseitigkeiten zu erheben, aber ich füge gleich hinzu, unsere bundesdeutschen Anstalten für Hörfunk und Fernsehen können sich im internationalen Vergleich gut sehen lassen. Es gibt keine Rechtfertigung dafür, sie von einem Blick durch schwarze Zensurbrillen abhängig zu machen.

3/ Nicht nur aus sozialdemokratischer, sondern, wie ich meine, aus allgemein demokratischer Pflicht und Verantwortung ist es legitim, die Frage nach der Macht in unserem Staat zu stellen. Die wirtschaftliche Macht liegt in den meisten Bereichen in den Händen weniger, nicht vieler. Die politische Macht ist im Grundgesetz beschrieben und verankert worden. Sie bleibt herausgefordert. Wenn politische Macht im Gesamtstaat sich auf eine nur knappe parlamentarische Mehrheit stützt und von schlechten Verlierern sogar in Frage gestellt wird, wenn ökonomische Macht zuweilen mißbraucht und in beträchtlichem Maße politisch eingesetzt wird, dann kann es für eine parlamentarische Demokratie zur Lebensfrage werden, wie es mit der publizistischen Macht bestellt ist. Es ist dann wiederum nicht nur eine sozialdemokratische, sondern eine allgemein demokratische Aufgabe, im doppelten Sinne des Wortes nach dem Rechten zu sehen.

(Aus der Ansprache zur 100-Jahr-Feier des "Vorwärts")

(-/14.10.1976/va/pr/ee)

+ + +

### Die Kapitulation des Helmut Kohl

---

CDU-Chef erlebt das Schicksal seines Vorgängers Barzel

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Es mutet wie ein Akt der Verzweiflung an, daß der CDU-Vorsitzende und designierte offizielle Oppositionsführer im 8. Deutschen Bundestag, Dr. Helmut Kohl, den Gang der Dinge in seiner eigenen Partei um eine Woche zurückziehen möchte. Nichts anderes bedeutet die von ihm angestrebte Vereinbarung, daß am 22. Oktober nicht der rheinland-pfälzische, sondern der schleswig-holsteinische Ministerpräsident den Vorsitz im Bundesarat übernehmen soll. Der erneut vom CSU-Chef Franz-Josef Strauß gebeutelte und geneseführte ehem. Kanzlerkandidat will sich damit den Verbleib in der Mainzer Staatskanzlei nochmals offenhalten.

Der 13. Oktober muß ihm endgültig gelehrt haben, daß er seine politische Zukunft auf Bundesebene nicht durch ein Arrangement, sondern nur durch Unterwerfung halbwegs absichern könnte. Die geradezu erpresserischen Forderungen aus der CSU-Spitze, die ihm jede Handlungsfreiheit als Partei- und Fraktionsvorsitzender nehmen sollen, haben Dr. Kohl offensichtlich zur späten Erkenntnis verholfen, daß seine Anpassungsstrategie nach rechts eine ebenso kurzsichtige wie schwerwiegende Fehlpekulation war. Aus den trotzigen und anspruchsvollen Träumen von einer Erbfolge Adenauers ist für ihn der nackte Kampf um die Selbsterhaltung in der Unions-Spitze und damit um die Chance für eine nochmalige Kanzlerkandidatur geworden. Dr. Kohl wird in diesen Tagen mehr als gelegentlich an das Schicksal seines Vorgängers Dr. Barzel denken, für das Franz-Josef Strauß mit vergleichbarer Brutalität die Weichen gestellt hat.

Die Koalitionsparteien widerstehen der Versuchung zur vordergründigen Schadenfreude über diese Vorgänge innerhalb der Opposition. Sie erkennen

vielmehr die entscheidende staatspolitische Bedeutung dieses Machtkampfes, der innerhalb von CDU/CSU nun offen und in einer zu diesem Zeitpunkt unerwarteten Unerbittlichkeit ausgebrochen ist. Es geht dabei nämlich um den grundsätzlichen Standort, den die CDU künftig in unserer Parteienlandschaft einnehmen wird. Es geht darum, ob die Union den unter dem Diktat des absoluten Konfrontationsstrategen Strauß und seiner CDU-Gesellschaft Carstens, Dregger und Filbinger eingeschlagenen Weg nach rechts ohne Korrekturen oder auch nur Bremswirkungen weitergehen oder ob die Rückbesinnung auf eine gemeinsame sachliche Verantwortung für Staat und Gesellschaft und die Bewahrung oder gar Reaktivierung einer gewissen liberalen Substanz in der CDU möglich wird.

Der gescheiterte Kanzlerkandidat Dr. Kohl hat solche Hoffnungen in den eigenen Reihen durch seine Kapitulation vor den rechtskonservativen Chefstrategen des Bundestagwahlkampfes der CDU/CSU schwer enttäuscht. Sein Ehrgeiz hatte ihn teilweise blind gemacht für das, was für die Wahrung der innen- und außenpolitischen Interessen unseres Landes unter den demokratischen Parteien nicht in Frage stehen darf. Ob sein jetziges Verhalten einer sich sehr spät einstellenden Selbstbesinnung und Einsicht entspringt oder nur ein letztes Aufbäumen gegen die uneingeschränkte Befehlsgewalt von Franz-Josef Strauß und Co. über die Opposition und damit nur egoistisch bestimmte Abwehrtaktik ist, wird sich erweisen müssen.

Eines steht aber schon eindeutig fest: Die Wählerentscheidung vom 3. Oktober hat die Machtergreifung des CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß verhindert und damit Gefahr von unserem Lande abgewendet.

(-/14.10.1976/va/pr/ee)

+ + +

Die zähne Strategie gegen den Hunger

Dritte Welt: Bei der Hilfe zur Selbsthilfe wird jeder gebraucht

Von Alwin Brück MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Ernten dieses Jahres sind in den Entwicklungsländern - vor allem dank günstiger Witterung dort - gut ausgefallen. Sie stiegen um über zehn vH und damit endlich einmal erheblich stärker als die Bevölkerung. Dennoch leiden in diesen Ländern nach wie vor weit über 400 Millionen Menschen an Hunger. Ihre Ernährung kann - wie die internationale Staatengemeinschaft bei der Welternährungskonferenz vom November 1974 festgestellt hat - dauerhaft nur durch entschlossene Strategien zur Steigerung des Eigenanbaus und der Verbesserung der Erträge von Grundnahrungsmitteln der Bevölkerung dieser Länder, wie Reis, Hirse, Weizen, Hülsenfrüchte, Mais und Kartoffeln erreicht werden.

Diese Empfehlung richtet sich in erster Linie an die Entwicklungsländer und ihre Regierungen selbst. Wir sind jedoch dazu aufgerufen, sie beim Kampf um die Freiheit von Hunger und Not nach besten Kräften zu unterstützen. In der staatlichen deutschen Hilfe nimmt die Förderung der Agrarproduktion der Entwicklungsländer daher eine Vorrangstellung ein.

Auch im Rahmen unserer Nahrungsmittelhilfe haben wir vor allem in den Ländern der Sahel-Zone neue Programme zur Förderung der Eigenproduktion entwickelt. Wir kaufen dort in Zusammenarbeit mit den Regierungen Grundnahrungsmittel in Überschußregionen bei Kleinbauern und ihren Genossenschaften auf. Damit schaffen wir einen Anreiz zur dauerhaften Steigerung der Eigenerzeugung von Grundnahrungsmitteln. Ein Teil dieser Nahrungsgüter dient zur Einrichtung von Notvorräten für Krisenzeiten. Mit diesen neuen Programmen stärken wir also gleichzeitig die eigene Versorgungsbasis dieser Länder an Grundnahrungsmitteln, die Kaufkraft und Beschäftigung der ländlichen Bevölkerung, und wir vermindern die Anfälligkeit der Staaten gegenüber Ernäh-

rungskrisen und langfristig auch ihre Abhängigkeit von unseren Nahrungsmittelhilfslieferungen. Ein hoffnungsvoller Anfang ist gemacht.

Ich bin froh, daß auch der größte Teil der über 1,3 Milliarden US-Dollar, die private Organisationen aller Welt im vergangenen Jahr zum Zwecke der Entwicklungshilfe aufgebracht haben, für die Förderung der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern eingesetzt wurde. Dies geschieht zum Nutzen der Empfängerländer, vielfach im Zusammenwirken mit der staatlichen Entwicklungspolitik. So arbeitet das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Deutschen Welthungerhilfe in den afrikanischen Ländern Gambia und Kapverden und im mittelamerikanischen Staat Haiti in Projekten zusammen, die Initiativgruppen aus den ärmsten Bevölkerungsschichten, insbesondere ehemalige Landerbeiter, stärken sollen. Wir fördern hier im Rahmen von sogenannten Brot-für-Arbeit-Programmen Selbsthilfemaßnahmen zur Steigerung des Anbaus von Grundnahrungsmitteln. Etwa 10.000 Menschen legen dabei in diesen Ländern große Sumpfflächen trocken und wandeln sie in Reisfelder um, bauen Wege, Lagerhäuser, Bewässerungskanäle, terrassieren bergiges Gelände und schützen den Boden durch Aufforattung. Einen großen Teil ihres Arbeitsentgelts erhalten sie in Form von Nahrungsmitteln, die vielfach im Land selbst oder in Nachbarstaaten aufgekauft werden können.

Durch diese Programme erreichen wir dreierlei: Erstens erhalten die Menschen eine ausreichende Nahrung, zweitens werden Voraussetzungen geschaffen, um die Eigenproduktion von Grundnahrungsmitteln zu steigern und drittens wird es mittel- und langfristig möglich, daß das Land einen größeren Teil seiner Menschen selbst ernähren kann.

Der Kampf gegen Hunger beginnt mit zäher Kleinarbeit bei Maßnahmen der Hilfe zur Selbsthilfe. Wir sollten alle nicht darin nachlassen, die Ärmsten der Armen in den Entwicklungsländern bei ihren Eigenanstrengungen zu unterstützen. Die "Woche der Welthungerhilfe" ruft jeden von uns zur aktiven Mithilfe auf.

(-/14.10.1976/vo/pr/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller